

zu TOP

Mainz, 18.04.2023

Anfrage 0546/2023 zur Sitzung am

Auswirkungen der EU-Pflanzenschutzverordnung auf den heimischen Obstanbau (AfD)

Die geplante EU-Pflanzenschutzverordnung würde ein Kompletterbot für biologische und synthetische Pflanzenschutzmittel für die Obstanbauflächen mit sich bringen und ein Aus für die derzeitige landwirtschaftliche Nutzung bedeuten. Der Finther Bauernverband stellt fest, dass mit der Umsetzung dieser Verordnung der Steinobstanbau nicht mehr stattfinden kann und im gesamten Stadtgebiet „alle Obstbäume fallen werden“. Der Anbau von Steinobst „geht ohne Spritzmittel nicht“, stellen die Vertreter des Bauernverbandes fest.

Wir fragen daher die Verwaltung:

1. Welche Maßnahmen plant und ergreift die Verwaltung, um den Obstanbau in Mainz auch künftig zu sichern?
2. Welche Maßnahmen und Initiativen, eventuell mit dem Land, wurden bisher durchgeführt, um den Steinobstanbau zu sichern?
3. Wie viele Obstanbaubetriebe sind in Mainz von dieser geplanten Verordnung betroffen?
4. Wie groß ist die von diesen Obstanbaubetrieben bewirtschaftete Fläche?
5. Wie viele Arbeitsplätze stellen die Obstanbaubetriebe in Mainz zur Verfügung und wie groß wäre der wirtschaftliche Schaden für die Stadt (durch wegfallende Gewerbesteuererinnahmen etc.), wenn diese Betriebe ihre Tätigkeit einstellen müßten?